

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7145 –**

Bundeswildwegeplan als Ergänzung zum Bundesverkehrswegeplan

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine weitere Zerschneidung der Landschaft zu begrenzen und die noch existierenden unzerschnittenen verkehrsarmen Räume (UZVR) zu erhalten sowie ein bundesweites Konzept zur Sicherung vorhandener UZVR bis spätestens Ende 2008 vorzulegen; ein bundesweites Wiedervernetzungs-konzept zu entwickeln; bei der Gestaltung von Bundesverkehrswegeplan und Verkehrswegekonzepten die Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt und der menschlichen Gesundheit zu vermeiden und dieses Ziel sowie konkrete Maßnahmen im Rahmen eines Bundeswildwegeplans festzustellen und schnellstmöglich umzusetzen; schnellstmöglich den Nachrüstungsbedarf wichtiger Wiedervernetzungs-bereiche im deutschen Straßennetz festzustellen und anhand von objektiven Kriterien eine Priorisierungsreihenfolge und konkrete Maßnahmen im Netz der Bundesverkehrswege festzulegen sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen; für die Beseitigung von Zerschneidungswirkungen an bestehenden Bundesverkehrswegen eine Rechtsgrundlage, die auch Finanzierungsmechanismen beinhaltet, zu schaffen; weitere Forschungsvorhaben zu speziellen Fragen der Vernetzungseignung unter Brücken und der Erstellung von Typenentwürfen für Grünbrücken schnellstmöglich auf den Weg zu bringen; Maßnahmen zur Vernetzung von Lebensräumen unter Einschluss eines Bundeswildwegeplans in der Nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung zu verankern und sich als Gastgeberin der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD (Convention on Biological Diversity) im Mai 2008 dafür einzusetzen, dass die Einbeziehung von Naturschutzaspekten bei der europäischen Verkehrswegeplanung sichergestellt wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7145 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Jörg Vogelsänger
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Jörg Vogelsänger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7145** in seiner 136. Sitzung am 17. Januar 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine weitere Zerschneidung der Landschaft zu begrenzen und die noch existierenden unzerschnittenen verkehrsarmen Räume (UZVR) zu erhalten sowie ein bundesweites Konzept zur Sicherung vorhandener UZVR bis spätestens Ende 2008 vorzulegen; ein bundesweites Wiedervernetzungs-konzept zu entwickeln; bei der Gestaltung von Bundesverkehrswegeplan und Verkehrswegekonzepten die Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt und der menschlichen Gesundheit zu vermeiden und dieses Ziel sowie konkrete Maßnahmen im Rahmen eines Bundeswildwegeplans festzustellen und schnellstmöglich umzusetzen; schnellstmöglich den Nachrüstungsbedarf wichtiger Wiedervernetzungs-bereiche im deutschen Straßennetz festzustellen und anhand von objektiven Kriterien eine Priorisierungsreihenfolge und konkrete Maßnahmen im Netz der Bundesverkehrswege festzulegen sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen; für die Beseitigung von Zerschneidungswirkungen an bestehenden Bundesverkehrswegen eine Rechtsgrundlage, die auch Finanzierungsmechanismen beinhaltet, zu schaffen; weitere Forschungsvorhaben zu speziellen Fragen der Vernetzungseignung unter Brücken und der Erstellung von Typenentwürfen für Grünbrücken schnellstmöglich auf den Weg zu bringen; Maßnahmen zur Vernetzung von Lebensräumen unter Einschluss eines Bundeswildwegeplans in der Nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung zu verankern und sich als Gastgeberin der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai 2008 dafür einzusetzen, dass die Einbeziehung von Naturschutzaspekten bei der europäischen Verkehrswegeplanung sichergestellt wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

VI. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2005 be-

raten, zusammen mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/7082 und dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8077, für welche die Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit liegt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstützte die Ausführungen der Fraktion der SPD. Fragen des Naturschutzes würden im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung berücksichtigt. Es sei auch immer eine differenzierte Betrachtung des Einzelfalles erforderlich.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Bundesverkehrswegeplan berücksichtige bereits die Belange, welche in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochen würden. Auch bei der konkreten Planung einzelner Projekte würden solche Aspekte einfließen. Beim Bau neuer Straßen sei die Vernetzung von Wildwegen aber in der Regel nicht das Problem, sondern Probleme träten vor allem in dem bereits bestehenden Straßennetz auf. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hätten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche ein Gesamtkonzept zur Vernetzung von Lebensräumen vorlegen wolle. Man müsse auch zwischen Arten unterscheiden, welche vom Aussterben bedroht seien, und Wildarten, deren Bestand um einen Faktor zwei bis drei zu groß sei. Letzteres verursache erhebliche Probleme für die Verkehrssicherheit und helfe auch der Umwelt nicht. Wenn ein Bericht der Arbeitsgruppe der beiden Ministerien vorliege, müsse man deren Vorschläge prüfen und solle dann auch über eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen für bestehende Straßen nachdenken.

Die Fraktion **DIE LINKE.** stellte fest, es sei ein erhebliches Problem, dass die bestehenden Verkehrsnetze Lebensräume zerschneiden und die naturbelassenen Lebensräume immer kleinteiliger würden. Bei neuen Projekten sei die Durchlässigkeit durch Wildbrücken und Unterführungen relativ gut. Problematisch sei vor allem das alte Bestandsnetz. Es gehe auch nicht nur um größere Wildtiere wie Rehe und Wildschweine, sondern auch um Kleinlebewesen. Man unterstütze alle Vorschläge, welche zu einer Verbesserung führen könnten. Dabei müsse man auch den Einfluss des Klimawandels und die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Infrastruktur und Siedlungsstrukturen beachten.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, bei der Ergänzung des Bundesverkehrswegeplans durch einen Bundeswildwegeplan wolle sie gerade die differenzierte Betrachtung erreichen, welche aus den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gefordert werde. Auch die Koalitionsfraktionen stimmten inhaltlich mit ihrem Antrag überein, wenn sie ihn auch ablehnen wollten. Die Zerschneidung von Lebensräumen, vor allem durch Verkehrswege, sei eine der Hauptursachen für die Gefährdung der biologischen Vielfalt. Wenn die seit langem bestehenden Wanderrouten von Wildtieren zerschnitten würden, bedeute dies sowohl für die biologische Vielfalt als auch für die Verkehrssicherheit eine Gefahr, denn die Tiere blieben trotz der Zerschnei-

dung bei ihren Wanderrouen. Wenn man die Hauptwanderrouen durch geeignete Maßnahmen wieder durchgängig machen würde, sei dies nicht nur ein Gewinn für die Artenvielfalt, sondern auch für die Verkehrssicherheit, denn die Zahl der Wildunfälle nehme derzeit zu. Das Hauptproblem liege in der Tat im Bereich des Bestandsnetzes und gerade für dieses fordere sie einen Bundeswildwegeplan.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2008

Jörg Vogelsänger
Berichterstatter

